

Neukölln: Buschkowsky im Abseits

Anlässlich des Interviews des Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky (SPD) in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ erklärt der Kreisvorsitzende der CDU Neukölln, Wolfgang Branoner:

„Heinz Buschkowsky ist außer Rand und Band. Es war reines Kalkül, einer Zeitung, die auch vom Verfassungsschutz beobachtet wird, ein Interview zu geben, das an Flachheit und Populismus kaum zu überbieten ist. Nicht glaubhaft, ist seine nachgeschobene Erklärung, die Zeitung nicht gekannt zu haben. Damit hat er sich ins Abseits gestellt. Ich fordere die SPD auf, ihren Bezirksbürgermeister aus dem Verkehr zu ziehen, er schadet den Integrations-



Nach umstrittenem Interview - Neuköllns Bezirksbürgermeister (SPD) in der Kritik.

bemühungen in Berlin und in Neukölln. Das habe ich dem SPD-Landesvorsitzenden und dem SPD-Kreisvor-

sitzenden schriftlich mitgeteilt.“ Die CDU Neukölln hatte in den letzten Sitzungen der

Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln zahlreiche Anträge für eine bessere Integration vor al-

lem Kinder und Jugendlicher ausländischer Herkunft gestellt, denen die SPD nicht zugestimmt hat. Hierzu erklärt der Fraktionsvorsitzende Lothar Tietz: „Wir brauchen Taten statt Stimmungen und Selbstdarstellungen! Deshalb fordere ich die SPD auf, unseren Anträgen zuzustimmen und endlich etwas zu tun.“

Wolfgang Branoner erklärte abschließend: „Damit hat Heinz Buschkowsky seine Janusköpfigkeit unter Beweis gestellt: hier starke Worte und Phrasen, dort Verweigerung wichtiger politischer Entscheidungen. Die SPD Berlin ist nun aufgefordert, ihre Verantwortung als große demokratische Partei wahrzunehmen und eine Entscheidung zu treffen.“

Immer schlimmer: Straßenschäden

Von Jahr zu Jahr wird die Situation in Berlin schlimmer. Loch an Loch und die Straßen der Hauptstadt halten doch. Für alle Verkehrsteilnehmer, ob rollend oder zu Fuß unterwegs, werden die Unebenheiten und losen Steine immer mehr zum Problem.

Im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf ist Klaus-Dieter Gröhler für das Bauwesen zuständig, aber er sagt, dass man den bezirklichen Tiefbauämtern keinen Vorwurf machen könne. Diese müssten mit immer weniger Geld versuchen, die Schäden in den Griff zu bekommen. Gröhler: „Doch angesichts der Haushaltskürzungen durch den Senat kann diese Quadratur des Kreises nicht gelingen.“ Beispiel Charlottenburg-Wilmersdorf: Das öffentliche Straßennetz ist ca. 400 km lang und umfasst eine Fläche von ca. 860 ha. Die ständige Kürzung der Mittel für die Unterhaltung des Straßenlandes führt dazu, dass fast nur noch die Gefahrenstellenbeseitigung möglich ist und Maßnahmen, die umfang-

reichen Straßenarbeiten vorbeugen würden, nicht ausgeführt werden können. Selbst eine erforderliche Fahrbahndeckensanierung auf den Hauptstraßen ist nicht finanzierbar. Klaus-Dieter Gröhler: „Der Rückstau der notwendigen Un-



Baustadtrat Gröhler (hockend): „Statt 7,6 nur noch 1,3 Millionen Euro.“

terhaltungsmaßnahmen kann auch durch Sonderprogramme der Senatsverwaltung kurzfristig nicht abgebaut werden.“ Hatten

Charlottenburg und Wilmsdorf 1990 noch 7,6 Mio. Euro (umgerechnet) für die Straßenunterhaltung zur Verfügung, so hat hierfür heute der fusionierte Bezirk gerade noch einen Haushaltsansatz von 1,3 Mio. Euro pro Jahr. Das

bedeute, so der CDU-Politiker, dass letztlich nur noch eine Flickschusterei stattfinden kann. Doch damit müsse Schluss sein, sagt er.

Neuer Schub für Tempelhof

Auf eine schriftliche Anfrage des Tempelhof-Schöneberger CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Rzepka hat das Bundesverkehrsministerium mitgeteilt, dass eine Einbeziehung des Flughafens Tempelhof in den so genannten Beamenshuttle zwischen Köln/Bonn und Berlin grundsätzlich nicht ausgeschlossen werde.

Die Fluggesellschaft dba, die auch Beamte transportiert, kündigte daraufhin an, ab Mai von Tegel nach Tempelhof umzuziehen. dba rechnet für Tempelhof pro Jahr mit mehr als 200.000 zusätzlichen Fluggästen. Eine mögliche Steigerung um 50 Prozent, der größten Wachstumsrate aller deutschen Flughäfen. Die Forderung der Berliner CDU, den Flughafen Tempelhof zur Ausschöpfung des Wachstumspotentials

im Berliner Flugverkehr mindestens bis zur Inbetriebnahme von BBI in Schönefeld offen zu halten, findet zunehmende Unterstützung bei Wirtschaftsverbänden, Fluggesellschaften und der Berliner Öffentlichkeit. Im Bundestag wird derzeit ein Antrag der Unionsfraktion beraten, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich beim Verkehrsprojekt „Dresdner Bahn“ dafür zu engagieren, dass die Planfeststellung vorangebracht und die Flughafenanbindung nach Schönefeld unter Berücksichtigung der Belange der Lichtenrader Bürger, bis zur Inbetriebnahme von BBI in Schönefeld fertig gestellt wird. Die Union fordert zudem ein klares Finanzierungskonzept für die Flughafenanbindung unter Einbindung von EU-Mitteln.

